



Bundesminister für EU,  
Kunst, Kultur und Medien

[bundeskanzleramt.gv.at](http://bundeskanzleramt.gv.at)

**Mag. Alexander Schallenberg**  
Bundesminister für EU, Kunst, Kultur und Medien

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: BKA-353.120/0064-IIM/2019

Wien, am 28. Juni 2019

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Loacker, Kolleginnen und Kollegen haben am 27. Mai 2019 unter der Nr. **3630/J** an meinen Amtsvorgänger eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „fällige Ausgleichszahlungen aufgrund des EuGH-Urteils betreffend Vordienstzeitenanrechnung“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 5:**

- *Wie viele Personen in den Ihnen unterstehenden Sektionen (inkl. nachgeordneter Dienststellen) haben Anspruch auf entsprechende Ausgleichszahlungen (gem. Urteil C-24/17)?*
  - a. *Wie viele davon sind bereits im Ruhestand? (Bitte um Angabe nach Geschlecht, und Jahr der Versetzung in den Ruhestand)*
  - b. *Wie viele davon befinden sich in aufrechten Dienstverhältnissen? (Bitte getrennt nach Geschlecht und Jahr des Dienstantritts)*
- *Wie viele Personen, deren Dienstverhältnis vor Inkrafttreten des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 82/2010 begründet wurde, sind aktuell in den Ihnen unterstehenden Sektionen (inkl. nachgeordneter Dienststellen) beschäftigt? (Bitte um Auflistung nach Geschlecht und Dienststelle)*

- *Mit welchen Kosten rechnen Sie, sollte all diesen potentiell Betroffenen Ausgleichszahlungen zustehen?*
- *Hat Sie das BMÖDS über die dienstrechtlichen Bedingungen informiert, die für solche Fälle der Nachzahlung von Bezugsansprüchen zur Anwendung kommen?*
  - a. *Wenn ja, wann und mit welchem Inhalt?*
- *Hat das BMÖDS bereits mit Ihnen Kontakt aufgenommen, um die Umsetzung des o.g. EuGH-Spruchs zu koordinieren?*
  - a. *Wenn ja, wann und mit welchem Ergebnis?*

Ich darf auf die Beantwortung der gleichlautenden parlamentarischen Anfrage Nr. 3634/J vom 27. Mai 2019 durch die Frau Bundeskanzlerin verweisen.

Mag. Alexander Schallenberg

